

Angaben der Behörden rund 370 000 Personen. 130 000 Personen sind älter als 75 Jahre, nochmals so viele zwischen 65 und 74. Zudem leiden schätzungsweise 110 000 Personen unter 65 Jahren an Vorerkrankungen.

Doch: Eine Datenbank mit Namen von gefährdeten Personen gibt es nicht. Deshalb spielen die Hausärzte in den Überlegungen der Zürcher Behörden eine tragende Rolle – oder, wie es Markus Näf ausdrückt: «Wer kennt die Risikopersonen am besten? Ganz klar die Hausärzte.» Sie sollen deshalb ebenfalls Impfungen vornehmen – sobald weitere, einfacher zu lagernde Impfstoffe vorhanden sind. Josef Widler begrüss dieses Vorgehen. Der CVP-Kantonsrat und Präsident der Zürcher Ärztesgesellschaft hält die nun vorgelegte Strategie für gut.

Die Ärztesgesellschaft ist selbst auch aktiv geworden. Sie entwickelt derzeit ein Tool, mit welchem die Hausärzte die Zahl der Risikopersonen und den Bedarf an Impfdosen besser ermitteln sowie die Zuweisung von Impfwilligen besser koordinieren können. Anfang

Jahr soll das System in Betrieb gehen. Für Widler ist es ein wichtiges Instrument, denn: «Es wäre schlecht, wenn Impfungen ungenutzt verfallen.»

Auch die Apotheker sind davon überzeugt, dass sie bei der Impfung einen wichtigen Beitrag leisten können, wie Lorenz Schmid, der Präsident des kantonalen Apothekerverbands, sagt. Es sei klar, dass man beim ersten Impfstoff mit seinen hohen Anforderungen an die Lagerung nun zunächst auf grössere Zentren setze. Sobald aber die weiteren Impfstoffe verfügbar seien, tue der Kanton gut daran, auch die Ärzte und Apotheker ins Boot zu holen. «Personen, die ein Impfzentrum aufsuchen, haben ohnehin schon eine hohe Impfbereitschaft.»

Jene, die eher skeptisch seien, müsse man zuerst überzeugen, und für diese Überzeugungsarbeit brauche es jene Leistungserbringer, die eine Beziehung zu ihren Kunden und Patienten hätten. «Wir geniessen das Vertrauen der Leute», sagt Schmid. Die notwendige Durchimpfrate von 60 oder 70 Prozent sei nur auf diesem Weg zu erreichen.

«Vor dem Sommer keine grosse Entspannung»

Laut Natalie Rickli ist der Kanton für die Impfkampagne bereit

Frau Rickli, einige Kantone wollen mit dem Impfen schon in den nächsten Tagen beginnen, in Zürich soll es nun erst am 4. Januar losgehen. Warum diese Verzögerung?

Den Kampf gegen die Pandemie gewinnen wir nicht mit ein paar tausend Impfdosen, die zwischen Weihnachten und Neujahr verabreicht werden. Wir starten bewusst am 4. Januar. Unser Impfzentrum steht. Wir sind nun am Feinschliff und schauen alle Abläufe nochmals genau an. Wir haben hier ein Mammutprojekt vor uns mit extrem komplexen Abläufen, darum wollen wir sichergehen, dass alles auch reibungslos funktioniert, wenn wir starten. Wir finden es zudem auch wichtig, dass die Leute in den nächsten Tagen noch einmal Zeit haben, sich in Ruhe Gedanken zu machen und sich vertieft über die Impfung zu informieren. Nur so können sie dann einen bewussten Entscheid fällen, ob sie sich impfen lassen wollen.

Sie sprechen einen wichtigen Punkt an. Neben der ganzen Logistik ist der ent-

sehr anspruchsvoll sein. Einerseits muss man dort Aufklärungsarbeit leisten und eng mit den Heimleitungen und dem Personal kooperieren. Andererseits geht es natürlich auch darum, die Bewohner gut zu informieren und die Einwilligungen einzuholen, zum Teil auch jene der Angehörigen. Zudem muss alles sauber dokumentiert werden, damit dann nach vier Wochen auch alle Geimpften für den zweiten Termin aufgeboden werden.

Der Bund hat ja ein IT-Tool entwickelt, können Sie dieses schon einsetzen?

Nein, das ist noch nicht parat, sondern wird offenbar gerade noch finalisiert. Deshalb setzen wir auf ein eigenes Instrument. Wir können zum Glück auf die IT-Lösung zurückgreifen, welche das Zentrum für Reisemedizin bereits entwickelt hat. Damit gewinnen wir Zeit und können zugleich sicherstellen, dass dann auch alles funktioniert, wenn wir am 4. Januar loslegen. Später können wir immer noch auf die Lösung des Bundes wechseln.

Alle sprechen jetzt von der Impfung. Haben Sie Angst, dass die Leute nun laxer werden im Umgang mit den Hygiene- und Abstandsregeln, wenn quasi die Erlösung in Sicht ist?

Die Botschaft ist klar: Im Moment müssen wir uns alle weiterhin an die Regeln halten. Zunächst werden ja erst einmal die über 75-Jährigen geimpft. Ab der ersten Impfung vergehen fünf Wochen, bis die maximale Schutzwirkung vorhanden ist. Zudem stehen uns am Anfang ja nur geringe Mengen des Impfstoffs zur Verfügung, es können also erst wenige Personen geimpft werden. Bis die Impfung der breiten Bevölkerung beginnt, wird es April, und diese Phase wird wohl bis im Herbst andauern. Vor dem Sommer würde ich deshalb nicht mit einer allzu grossen Entspannung rechnen.

Besonders unter Druck stehen ja die Spitäler. Bis wann rechnen Sie dort mit einer Entlastung?

Ich gehe davon aus, dass diese schon im Frühling einsetzen sollte. Bis dann sollten die Risikogruppen, die ja besonders gefährdet sind, in Spitalbehandlung zu müssen, geimpft sein. Auch darum legen wir beim Impfen ja einen Fokus auf diese Gruppen.

Und damit gibt es auch eine Chance für die Lockerung der Massnahmen?

Zuerst müssen die Massnahmen einmal greifen, bevor wir über Lockerungen nachdenken können. Denn im Moment ist die Zahl der Neuinfektionen und der Hospitalisationen immer noch hoch – auch im Kanton Zürich. Aber trotzdem soll die Impfung auch eine positive Botschaft sein, die uns Kraft geben soll für den Start ins kommende Jahr.

Interview: Jan Hudec

Die Zürcher Baugenossenschaft Letten kündigt dem Geschäftsführer

Externe Untersuchung soll massive finanzielle Unregelmässigkeiten belegen

RETO FLURY

Die 1922 gegründete Baugenossenschaft Letten könnte bald ihr 100-Jahr-Jubiläum begehen, doch derzeit stehen die Zeichen auf Sturm: Der Vorstand hat den langjährigen Geschäftsführer sowie dessen Assistentin fristlos entlassen, wie er am Montag mitgeteilt hat. Das Gremium stützte sich dabei auf erste Befunde aus einer externen Untersuchung, die Ende November in Auftrag gegeben worden war.

Der Vorstand engagierte damals eine der grossen Revisionsgesellschaften, nachdem sich einige Personen aus dem inneren Kreis der Genossenschaft an den neuen Präsidenten Rudolf Thoma und weitere Vorstandsmitglieder gewandt hatten. Sie richteten schwere Vorwürfe an die Adresse mehrerer Mitarbeiter und eines früheren Mitglieds des Vorstands und überreichten Dokumente, die auf finanzielle Unregelmässigkeiten hindeuteten. Der Genossenschaftsvorstand stellte daraufhin drei Angestellte frei. Es gehe nicht um «Peanuts», sagte Thoma damals gegenüber der NZZ.

Ausbildung eines Kinds bezahlt

Bei der Überprüfung scheinen nun bereits mehrere gravierende Verstösse zutage gefördert worden zu sein. Laut der Mitteilung des Vorstands zeigt ein Zwischenbericht, dass der Geschäftsführer und die Assistentin unrechtmässig Leistungen zulasten der Genossenschaft bezogen haben. Zum Beispiel habe der Verwaltungschef mit Genossenschaftsgeldern die Ausbildung eines Familienmitglieds bezahlt und hierzu Rechnungen manipuliert.

Weiter soll der gut verankerte Geschäftsführer, dessen Vater einst schon die Geschicke der Baugenossenschaft geleitet hatte, in die Kasse gegriffen haben, um Leistungen von Firmen in seinem Privathaushalt zu bezahlen. Da-

bei ging es darum, dass Lieferanten bestimmte Teile nicht nur in Genossenschaftswohnungen, sondern auch beim Geschäftsführer zu Hause einbauten. Die Rechnungsbelege seien derart verändert worden, dass Letzteres nicht mehr ersichtlich gewesen sei, sagte Thoma am Montag auf Anfrage.

Finanziell mehr ins Gewicht fielen laut Thoma aber andere Verfehlungen. So erhielt die Assistentin des Geschäftsführers schon zwei Jahre vor ihrem Stellenantritt einen Lohn ausbezahlt, obwohl sie noch gar nicht arbeitete, wie aus der Mitteilung hervorgeht. Auch überwies ihr die zukünftige Arbeitgeberin damals schon Geld in die Pensionskasse, wofür der Geschäftsführer zuständig war. Dieser erhielt ebenfalls ausserordentliche Pensionskassenbeiträge. Es habe sich in beiden Fällen um freiwillige Arbeitgeberbeiträge gehandelt, sagt Thoma. Eine entsprechende Rechtsgrundlage fehlte jedoch.

Der Vorstand geht laut dem Communiqué davon aus, dass auf diese Weise durch den Geschäftsführer mehrere hunderttausend Franken abgezweigt worden sind. Der potenzielle Gesamtschaden könnte allerdings noch viel höher liegen und wird auf mehrere Millionen Franken geschätzt. Wie hoch er tatsächlich ist, wird sich im weiteren Verlauf der Untersuchung zeigen. Hierbei geht es etwa um den Kauf diverser Produkte und Dienstleistungen zulasten der Baugenossenschaft sowie hohe Zahlungen an einzelne externe Unternehmer und Dienstleister, wobei die reellen Gegenwerte unklar sind. «Es kann sein, dass eine Leistung zu teuer verrechnet wurde oder dass die Genossenschaft etwas bezahlt hat, ohne dass eine Gegenleistung da gewesen wäre», sagt Thoma.

Geklärt werden muss auch noch die Rolle des ehemaligen Vorstandsmitglieds, das von den Whistleblowern belastet worden ist. Hingegen sei der An-

fangsverdacht gegen einen weiteren Kadermitarbeiter bisher nicht bestätigt worden, sagt Thoma. Mit ihm sei man im Gespräch, für ihn gelte nach wie vor die Unschuldsumutung. Er geht davon aus, dass sich die Überprüfung der noch offenen Verdachtsmomente bis in den Frühling erstreckt. Über straf- oder zivilrechtliche Schritte werde man gegen Ende des ersten Halbjahrs entscheiden können.

Eingeschränkte Revision

Die Baugenossenschaft Letten gilt als mittelgrosse Genossenschaft mit knapp 600 Wohnungen und einer Bilanzsumme von 142 Millionen Franken (per Ende 2019). Sie umfasst unter anderem die Überbauungen Letten, Riedtli, Hard und Buchegg, die grösstenteils in der Zwischenkriegszeit gebaut wurden. Die Stadt Zürich ist mit einem freiwilligen Anteilscheinkapital von rund 66 000 Franken beteiligt und stellt eines von fünf Mitgliedern im Vorstand.

Aus dem Jahresbericht 2019 geht hervor, dass die Baugenossenschaft Letten ihre Jahresrechnung einer grossen Buchprüfungsgesellschaft vorlegte – allerdings einer anderen als derjenigen, die jetzt die Vorwürfe untersucht. Die Revisoren hielten fest, sie seien auf keine Sachverhalte gestossen, aus denen sie hätten schliessen müssen, dass die Rechnung nicht Gesetz und Statuten entspreche.

Bei der Prüfung handelte es sich jedoch um eine eingeschränkte Revision, bei der etwa Unterlagen stichprobenmässig kontrolliert werden. Die Prüfung betrieblicher Abläufe, des internen Kontrollsystems sowie weiterer Handlungen zur Aufdeckung von Gesetzesverstössen seien nicht Bestandteil der Revision gewesen, hielten die Bilanzprüfer fest. Damit ist die Baugenossenschaft Letten aber nicht alleine. Die Kriterien für eine ordentliche Revision treffen nur auf wenige, grosse Genossenschaften zu.

Die Bullingerkirche soll die Parlamente beherbergen

Ab 2022 findet der Ratsbetrieb im «Chreis Cheib» statt

STEFAN HOTZ

Seit Ende März treten der Zürcher Kantonsrat und das Stadtparlament in der Halle 7 des Messezentrums in Oerlikon zusammen. An eine Rückkehr in das historische Rathaus mit seinen beengten Verhältnissen ist wegen der Pandemie vorderhand nicht zu denken. Weil die Halle 7 früher oder später anderweitig gebraucht wird, steht schon länger fest, dass die Parlamente im neuen Jahr in der Messehalle 9 an der Thurgauerstrasse ein weiteres Provisorium beziehen werden.

Damit hat das Exil aber noch kein Ende. In den nächsten Jahren wird das Rathaus saniert und steht für den Parlamentsbetrieb längere Zeit nicht zur Verfügung. Die Instandstellung lässt sich nicht aufschieben, weil sie koordiniert wird mit dem Ersatz der Gemüsebrücke unmittelbar daneben. Dieser wiederum ist ein Teil des Hochwasserschutzes für die Stadt Zürich. An jener Stelle wird die Sohle der Limmat abgesenkt, um den Durchfluss zu erhöhen.

Unabhängig von der Pandemie ist also für längere Zeit ein Ersatz nötig. Nun steht die etwas überraschende Wahl des Standorts fest. Ab 2022 werden die Ratssitzungen für mindestens vier Jahre in der Bullingerkirche stattfinden. Das Gotteshaus mit einem markanten freistehenden Glockenturm steht im Zürcher Stadtquartier Hard.

Auch für die Kirche vorteilhaft

Selbstverständlich würden noch bauliche Veränderungen vorgenommen, sagte auf Anfrage der Kantonsratsprä-

sident Roman Schmid (svp.). Damit der Raum den Bedürfnissen einer Kirche und eines Parlaments gerecht werde.

Ganz definitiv ist der Umzug in den Kreis 4 noch nicht. Laut einer am Montag verschickten Mitteilung haben der Kanton und die reformierte Kirchgemeinde Zürich eine Absichtserklärung unterzeichnet. Die federführende Baudirektion rechnet mit Kosten für Umbau und Miete zwischen 5 und 10 Millionen Franken.

Es handelt sich durchaus um eine Win-win-Situation, wie man heute sagt. Wie die reformierte Kirche Zürich in einer eigenen Mitteilung schreibt, wird die Bullingerkirche derzeit nur rund einmal pro Woche für Gottesdienste genutzt. Daneben finden regelmässig Veranstaltungen statt, und in dem Gebäudekomplex ist das «Stadtkloster» beheimatet. Damit sei das Potenzial dieser attraktiven Anlage nicht ausgeschöpft.

Annelies Hegnauer, die Präsidentin der Kirchenpflege, betrachtet die Beherbergung der Parlamente als gute Möglichkeit, um Erfahrungen in der Frage zu sammeln, was mit unternutzten Kirchen geschehen soll.

Sollten die Verhandlungen mit der Kirchgemeinde noch scheitern, würde der Bau eines Provisoriums auf dem Areal des Güterbahnhofs ins Auge gefasst. Dort verfügt der Kanton neben dem Polizei- und Justizzentrum über eine Landesreserve. Die weiteren Varianten, das Kirchgemeindehaus Rosengarten und die Polizeikaserne, werden nicht weiterverfolgt.

Bis 2026 wird im Rathaus die Gebäudetechnik ersetzt. Ausserdem soll das aus dem 17. Jahrhundert stammende Gebäude für einen zeitgemässen Ratsbetrieb her-

gerichtet werden. Aber auch das Szenario, gar nicht mehr in das Rathaus zurückzukehren, erhielt durch die Pandemie wieder Aufwind. Im Sommer 2019 lehnte der Kantonsrat zwar einen entsprechenden Vorstoss der SP ab. Ihr Fraktionspräsident Markus Späth bestätigte aber auf Anfrage, man arbeite an einem mehrheitsfähigen Vorstoss, um dem Regierungsrat den Auftrag zu erteilen, eine definitive Alternative zu suchen.

Oder doch ein neues Rathaus?

Das müsse kein Neubau sein, sagt Späth, denkbar sei auch die Umnutzung eines Gebäudes. Warum nicht gerade die Bullingerkirche? Der Raum sei durchaus geeignet, sagt Späth, und er habe keine Berührungängste, weil es ein sakraler Bau sei. Aber das Gebäude sei bezüglich Repräsentativität für das Parlament des Kantons Zürich nicht angemessen.

In der Baudirektion wird derzeit die Sanierung geplant mit dem Ziel, dass das Parlament zurückkehrt. Wahrscheinlich 2023, noch bevor der Ersatzbau der Gemüsebrücke beginnt, wird der Kanton sich entscheiden müssen. An Hochbauprojekten mangelt es dem Baudirektor Martin Neukom (gp.) nicht. «Uns wird nicht langweilig, wenn wir kein Rathaus bauen müssen», meinte er lachend.

Damit die Parlamente in etwa einem Jahr aus der doch eher herben Messehalle 9 wieder ausziehen können, muss gewährleistet sein, dass man bis dann das Coronavirus wirklich im Griff hat. Laut dem Baudirektor Neukom ist die Bullingerkirche zu klein, um 180 Ratsmitglieder pandemiesicher aufzunehmen.



Natalie Rickli
Zürcher
Gesundheitsdirektorin

scheidende Faktor für den Erfolg der Impfkampagne, ob sich die Leute auch wirklich impfen lassen. Viele sind noch skeptisch. Wie wollen Sie die Menschen überzeugen?

Bei uns haben sich schon jetzt viele Personen per E-Mail gemeldet, die sich gerne impfen lassen wollen. Ich habe sehr viele positive Rückmeldungen erhalten und bin deshalb zuversichtlich. Es wird sicher einige Personen brauchen, die vorangehen. Das können Prominente sein, aber auch ganz normale Bürger, die mit ihrer Impfbereitschaft andere dazu animieren, sich auch impfen zu lassen. Davon abgesehen zeigen die Studien ja, dass die Impfung wirksam ist und wenige Nebenwirkungen hat. Wir hoffen, dass wir die Leute mit diesen Fakten überzeugen können.

Die Leute zu überzeugen, ist eine der Schwierigkeiten, wo sehen Sie andere?

Es geht darum, dass wir nun alle gemeinsam an einem Strick ziehen. Insbesondere müssen wir gut mit den verschiedenen Stakeholdern im Gesundheitswesen zusammenarbeiten, mit den Spitälern, den Heimen, der Spitex, den Ärzten und Apothekern. Hier haben wir frühzeitig den Kontakt gesucht. Gerade die Impfungen in den Heimen werden